

Dringliche Anfrage

Hannover, den 12.12.2022

Fraktion der AfD

Resolution des EU-Parlamentes zur Herabstufung des Schutzstatus‘ des Wolfes - wie reagiert die Landesregierung?

Das EU-Parlament hat am 24. November 2022 per mehrheitlich beschlossener Resolution die EU-Kommission aufgefordert, die europäische Wolfsstrategie neu zu bewerten und den Schutzstatus des Wolfes herabzustufen (Dokument P9_TA(2022)0423).

Im Einzelnen

- nimmt das EU-Parlament „die positiven Ergebnisse von Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Bezug auf die Wiederherstellung von Großraubtierarten in der EU zur Kenntnis“,
- fordert das EU-Parlament die europäische Kommission auf, „die Fortschritte bei der Erreichung eines günstigen Erhaltungszustands“ weiterhin zu bewerten und
- erkennt das EU-Parlament an, „dass die Angriffe von Großraubtieren in ganz Europa zunehmen“!

In dieser von der Majorität der EU-Parlamentarier beschlossenen Resolution wird mehrfach die Anwendung von Artikel 16 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) gefordert. Dieser Artikel erlaubt die Entnahme einer spezifizierten Anzahl von Exemplaren einer bestimmten Tierart.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die oben genannte Resolution des EU-Parlamentes?
2. Wie gedenkt die Landesregierung die Herabstufung des Schutzstatus‘ des Wolfes in der Praxis umzusetzen?
3. Wie steht die Landesregierung zu einer Bejagung des Wolfes, wie sie in anderen EU-Mitgliedstaaten wie z. B. Schweden durchgeführt wird?

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer